

Symbolae Slavicae 29

Herausgegeben von Wolfgang Gesemann
und Helmut Schaller

Helmut Wilhelm Schaller

Die „Reichsuniversität Posen“ 1941 – 1945

Vorgeschichte, nationalsozialistische Gründung,
Widerstand und polnischer Neubeginn

PETER LANG Internationaler Verlag der Wissenschaften

Posen und seine Hochschuleinrichtungen waren seit den polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts immer wieder Ausgangspunkt deutsch-polnischer Auseinandersetzungen gewesen, wobei von polnischer Seite stets das gewichtige Argument einer Mehrheit der polnischen Bevölkerung in dieser Region angeführt wurde, die sich immer wieder gegen intensive Germanisierungsbestrebungen zu wehren hatte. Diese erreichten in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft ihren Höhepunkt, zugleich bedeuteten sie aber auch den tiefsten Punkt der deutsch-polnischen Beziehungen. Mit dieser Abhandlung wird über die bisherigen Darstellungen der „Reichsuniversität Posen“ hinausgehend die Vorgeschichte dieser ausschließlich dem Nationalsozialismus verpflichteten Hochschule dargestellt. Dabei handelt es sich vor allem um die 1903 bis 1919 wirkende „Königliche Akademie in Posen“ sowie die zunächst von 1919 bis 1939 bestehende polnische Universität Posen. Für die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges werden in einem abschließenden Kapitel die Entstehung und die weitere Entwicklung der polnischen „Adam-Mickiewicz-Universität“ in Posen sowie ihre nationale und internationale Bedeutung behandelt.

Helmut Wilhelm Schaller, geboren 1940 in Bayreuth; Studium an der Universität München, Promotion 1965, Habilitation 1972; dann Privatdozent und außerplanmäßiger Professor an der Universität München; 1983–2005 Universitätsprofessor für Slawische Philologie und Balkanphilologie an der Universität Marburg; Mitglied der Internationalen Kommission für Geschichte der Slawistik; Vorsitzender der Internationalen Kommission für Balkanlinguistik beim Internationalen Slawistenkomitee; 2006 Dr. honoris causa der Universität Sofia.

Die „Reichsuniversität Posen“ 1941–1945

Symbolae Slavicae

Herausgegeben von Wolfgang Gesemann
und Helmut Schaller

BAND 29



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Helmut Wilhelm Schaller

Die „Reichsuniversität Posen“ 1941 – 1945

Vorgeschichte, nationalsozialistische Gründung,
Widerstand und polnischer Neubeginn



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung:
Atelier Platen, Friedberg

Gedruckt auf alterungsbeständigem,
säurefreiem Papier.

E-ISBN 978-3-653-00924-8

ISSN 0170-852X

ISBN 978-3-631-57643-4

© Peter Lang GmbH

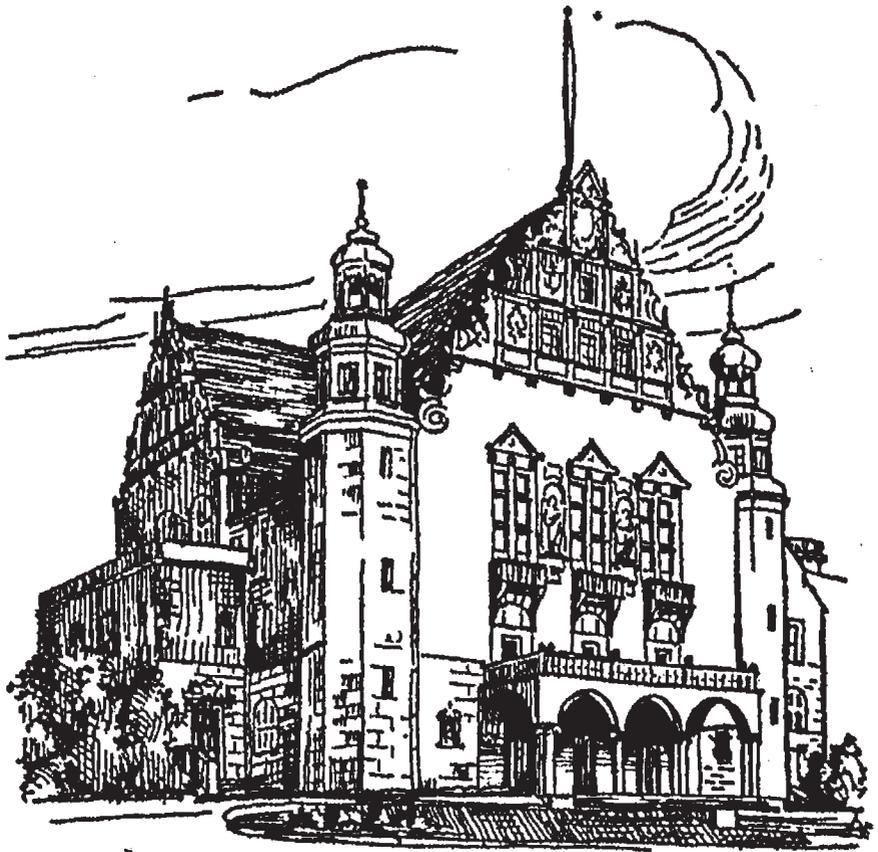
Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2010

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Einleitung: Polen – Preußen und Deutschland 1772-1945	13
I. Wissenschaftliche Einrichtungen und Vereinigungen in Posen vor 1918	45
II. Die polnische Universität Poznań 1919-1939 und ihre Vorgeschichte	75
III. Ideologisch-politische Voraussetzungen für die Gründung der „Reichsuniversität Posen“	97
Nationalsozialistische Wissenschaftsauffassung und der Gedanke der „Reichsuniversität“	97
Der Standort Posen innerhalb des „Großdeutschen Reiches“	111
Die Eröffnung der „Reichsuniversität Posen“ am 27. April 1941	137
„Reichsstiftung für Deutsche Ostforschung“ in Posen	152
IV. Lehre und Forschung an der „Reichsuniversität Posen“	161
V. Das Ende der „Reichsuniversität“ 1944/1945	223
VI. Polnischer Neubeginn 1945: Die „Adam-Mickiewicz-Universität Poznań“	239
Literaturverzeichnis	
a. Zeitgenössische Literatur bis 1945	255
b. Wissenschaftliche Literatur nach 1945	259
c. Archivmaterialien	266
Namenverzeichnis	269

Vorwort

Posen und damit auch seine Hochschuleinrichtungen waren seit den polnischen Teilungen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts bis hinein in die Zeit des Nationalsozialismus immer wieder Gegenstand deutsch-polnischer Auseinandersetzungen gewesen, wobei auf polnischer Seite stets das gewichtige Argument einer Mehrheit der polnischen Bevölkerung in dieser Region im Raume stand, die sich gegen intensive Germanisierungsbestrebungen zu wehren hatte. Diese sollten in der Zeit der preußischen Herrschaft noch mit vergleichsweise erträglichen Mitteln durchgesetzt werden, die sich dann aber in der Zeit der nationalsozialistischen Besetzung Posens und des Warthegaus ab September 1939 zu einem Vernichtungsfeldzug gegen alles Polnische steigerten, der erst mit der Einnahme Posens durch die Sowjetarmee im Januar 1945 ein endgültiges Ende fand.

Mit der vorliegenden Abhandlung soll über die bisherigen Darstellungen der „Reichsuniversität Posen“ hinausgehend die Vorgeschichte dieser uneingeschränkt dem Nationalsozialismus verpflichteten Hochschule dargestellt werden. Dabei handelt es sich vor allem um die 1903 bis 1919 wirkende „Königliche Akademie in Posen“ sowie die 1919 bis 1939 bestehende polnische Universität. Für die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges soll in einem kurzen Ausblick auch die Entstehung und weitere Entwicklung der polnischen „Adam-Mickiewicz-Universität“ behandelt werden.

Der Verfasser hat dem Bundesarchiv Berlin und dem Archiv der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań für die Bereitstellung zahlreicher Archivalien zur „Reichsuniversität Posen“ zu danken, ebenso dem Geheimen Preußischen Staatsarchiv für die Zugänglichmachung von Archivalien der Zeit des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, der Zeit der preußischen Herrschaft in Posen.

Der Verfasser hat ganz besonders Herrn Prof. Dr. Dr.h.c. Wolfgang Gesemann, Universität des Saarlandes, dafür zu danken, dass er sich der

Mühe des Korrekturlesens als Mitherausgeber der Reihe „Symbolae Slavicae“ unterzogen hat. Dank schuldet der Verfasser auch für die Bereitstellung von wertvollem Bildmaterial, so Herrn Dr. Heinrich Wittram/Hemmingen, Herrn Dr. Peter Wörster/Herder-Institut Marburg und Herrn Prof. Dr. Ulrich Fellmeth/Universität Hohenheim, Archiv und Hochschulgeschichtliches Museum.

München, 15.April 2010

Helmut W.Schaller



Universität Posen, Hauptgebäude, errichtet für die „Königliche Akademie“

Einleitung: Polen – Preußen und Deutschland 1793-1945

Im folgenden sollen einige einleitende Bemerkungen zum Verhältnis zwischen Polen und Preußen bzw. Polen und Deutschland gemacht werden, ein Verhältnis, das seit den polnischen Teilungen, dem „finis Poloniae“, an dem Preußen neben Russland und Österreich aktiven Anteil hatte, stärksten Belastungen ausgesetzt war, die erst in der neuesten Zeit einigermaßen ausgeglichen werden konnten. Bis zum Jahre 1501 war das Deutsche in schlesischer Prägung die Urkundensprache in Posen, im 15. Jahrhundert verlor aber das deutsche Element in der Bürgerschaft das Übergewicht. Im Jahre 1519 erfolgte die Stiftung einer Akademie durch Erzbischof Jan Lubrański, der nach ihm benannten Lubrański-Akademie, der ersten Hochschule in Posen, die bis zum Jahre 1773 bestand. Ein 1573 in Posen gegründetes Jesuitenkolleg wurde 1611 von König Sigismund III. in den Rang einer Universität erhoben.

1793 ging im Zuge der polnischen Teilungen Posen an das Königreich Preußen über. Am 11. Dezember 1806 erfolgte in Posen der Friedensschluss mit Sachsen. In der napoleonischen Zeit 1806 bis 1815 gehörte Posen zum Herzogtum Warschau, kam aber im Ergebnis des Wiener Kongresses wieder an Preußen. 1821 wurde das Erzbistum Gnesen nach Posen verlegt. Im Jahre 1848 wurde mit der Nationaldemokratischen Partei Posen zum Zentrum der polnischen Nationalbewegung in Preußen, zugleich aber auch der Hauptstützpunkt des Deutschtums in der preußischen Ostmark. Die Gründung einer Universität, vor allem einer polnischen in Posen wurde von Berlin aus nicht gestattet, möglich war nur die Gründung einer öffentlichen Bibliothek durch Graf Edward Raczyński. Im Zusammenhang mit der „Hebung des Deutschtums“ in der preußischen Ostmark auf Initiative des Posener Oberbürgermeisters Richard Witting kam es 1875 zur Gründung einer „Gesellschaft der Freunde der Künste und Wissenschaften“. Zur Hebung der Volksgesundheit wurde in Posen auch ein Hygiene-Institut begründet. Es folgte 1894 die Eröffnung des „Kaiser-Friedrich-Museums“ und 1902 der „Kaiser-Wilhelm-Bibliothek“ mit etwa 340.000 Bänden, die durch den Vertrag von Versailles in polnischen Besitz überging und seit

1919 die Aufgabe der Universitätsbibliothek der neuen polnischen Universität übernommen hatte. 1903 erfolgte die Eröffnung der noch zu behandelnden „Königlichen Akademie“ und in den Jahren 1905 bis 1910 schließlich noch der Bau einer repräsentativen Königlichen Residenz in Posen.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde am 11. November 1918 zunächst eine polnische Universitätskommission in Posen gebildet, die am 7. Mai 1919 zur Gründung einer „Wszechnica Piastkowska“, der „Piastenuniversität“ in Posen führte, die seit 1920 den Namen „Uniwersytet Poznański“/„Universität Posen“ erhielt und seit 1955 endgültig den Namen „Uniwersytet im. Adama Mickiewicza“ führt.

In dieser Entwicklung stellt die „Reichsuniversität Posen“ neben den beiden anderen „Reichsuniversitäten“ in Prag und Strassburg als erste und auch letzte nationalsozialistische Universitätsgründung einen absoluten Tiefpunkt in den deutsch-polnischen Beziehungen dar.¹ Die polnische Frage war in Preußen seit den Teilungen in den Jahren 1772, 1793 und 1795, dann seit dem Jahre 1815, als das Großherzogtum Posen, die spätere Provinz Posen nach dem Wiener Kongress wieder dem Preußischen Königreich zugesprochen wurde, ein immer wiederkehrendes Problem. Zunächst schien es, dass die polnische Nationalität in Preußen respektiert wurde, bis nach 1830 unter dem Oberpräsidenten von Flottwell eine antipolnische Politik als Reaktion auf die Haltung des polnischen Adels anlässlich des Aufstandes im russisch beherrschten Teil Polens betrieben wurde. Die

1 Vgl. hierzu die folgenden Veröffentlichungen, die sich vergleichend mit den Reichsuniversitäten Posen, Prag und Straßburg in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft beschäftigten:

B. Białkowski: Die Reichsuniversität Posen als Paradeexempel der „Vereichlichungspolitik“ des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. In: Les Reichsuniversitäten des Strasbourg et de Poznań et les résistances universitaires 1941-1944. Strasbourg. S. 47-65.

Ders.: Reichsuniversität Posen. In: Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. München 2008. S. 569-578.

Michel Fabrequét: Les Reichsuniversitäten dans la politique culturelle du Troisième Reich, dass., S. 67-82.

T. Wróblewska: Die Reichsuniversitäten Posen, Prag und Strassburg als Modelle nationalsozialistischer Hochschulen in den von Deutschland besetzten Gebieten. Toruń 2000.

Folge war unter anderem, dass die Vertreter des polnischen Adels aus der Verwaltung gedrängt wurden. Mit der Gründung des Deutschen Reiches entwickelte die bürgerlich-nationale Richtung in Deutschland die verfehlte Vorstellung eines national einheitlichen Staates und schließlich war auch der von Bismarck initiierte „Kulturkampf“ auf das engste mit der polnischen Frage in Preußen verbunden. Erst im Jahre 1889 hatte die Provinz Posen als letzte der preußischen Provinzen das Recht der Selbstverwaltung erhalten. Im Jahre 1910 hatte die Provinz Posen 2,1 Millionen Einwohner, von denen aber nur 0,74 Millionen Deutsche waren. Durch den Versailler Vertrag im Jahre 1919 kam die Provinz Posen an Polen und nur die kleineren beim Deutschen Reich verbliebenen Randgebiete wurden der neu geschaffenen „Grenzmark“ Posen-Westpreußen eingefügt. Posen/Poznań wurde im Jahre 1920 eine polnische Wojewodschaft.

Im nationalsozialistischen Staat waren die Gaue, in die das gesamte Deutsche Reich eingeteilt war, die grundlegenden Parteigliederungen mit einem Gauleiter an der Spitze, der von Hitler jeweils persönlich ernannt wurde. Bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung gab es Gaue, so mit dem Freistaat Danzig, im Oktober 1939 dann mit dem von Arthur Greiser (1897-1946) geleiteten Reichsgau Wartheland. Nach der Eingliederung des Sudetenlandes als „Reichsgau“ und der Eroberung Polens mit dem Ergebnis der Bildung der neuen Gaue „Warthegau“ und „Westpreußen-Danzig“ gab es im gesamten Deutschen Reich 42 Gaue, die weiter in Kreise und Ortsgruppen der NSDAP untergliedert waren. Die Bezeichnung „Mark“ geht bekanntlich auf das althochdeutsche „marcha“ = „Grenze“ zurück, etymologisch verwandt mit dem lateinischen „margo“= „Rand“. Seit der Zeit der Karolinger war die „Mark“ ein Grenzterritorium, das unter einem verstärkten militärischen Schutz stand. Es diente der Sicherung des Reichsgebietes, später waren es dann Grafschaften, die einem „Markgrafen“ unterstellt waren. Mit der „Ostmark“ war die „bayerische Ostmark“, das Gebiet zwischen Enns und Leitha, gemeint,² von Karl dem Großen als „Awarische Mark“ errichtet, das Kernland des späteren Österreich. Aus dieser Sicht wurde auch die Be-

2 Gemeint war hier nicht der Gau Bayerische Ostmark, der die bayerischen Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern umfasste.

Vgl. hierzu: I.Haller: „Die heilige Ostmark“. Ostbayern als völkische Kultregion „Bayerische Ostmark“. In: Bayerische Jahrbücher für Volkskunde 2000, München 2000, S.61-73.

zeichnung „Bayerische Ostmark“ für die drei bayerischen Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern im Jahre 1933 eingeführt, von dem Erlanger Historiker Friedrich Metz jedoch in Frage gestellt. Unterstützt wurde er in dieser Auffassung von dem Berliner Historiker und Leiter der Publikationsstelle Dahlem Albert Brackmann. In direktem Zusammenhang mit der „Bayerischen Ostmark“ muss auch die preußische Ostmarkenpolitik gesehen werden, die auf die völlige Eindeutschung der Provinzen Posen und Westpreußen abzielte. Gegründet wurde im Jahre 1894 auch der „Ostmarkenverein“ unter dem Vorsitz von Otto von Bismarck, dessen erklärtes Ziel es war, das nationaldeutsche Bewusstsein in den preußischen Ostmarken zu stärken. So wie der am 19. Januar 1933 durch Erlass Hitlers gegründete „Gau Bayerische Ostmark“ ein „Bollwerk gegen die Slawengefahr“ darstellen sollte, so sollte auch dem Wartheland als „Reichsgau“ unter der Führung des Nationalsozialisten Arthur Greiser eine vergleichbare Funktion zukommen. „Reichsgaue“ waren im nationalsozialistischen Staat Verwaltungsbezirke des Deutschen Reiches unter der Führung eines „Reichsstatthalters“, die in ihrer rechtlichen Stellung den damaligen Ländern vergleichbar waren. „Reichsgau“ wurde am 14. April 1939 das Sudetenland sowie die ehemaligen österreichischen Bundesländer Wien, Kärnten, Niederdonau, Oberdonau, Salzburg, Steiermark, Tirol mit Vorarlberg. Kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden in Danzig und Posen die Reichsgaue „Danzig-Westpreußen“ und „Wartheland“ geschaffen. Reichsstatthalter wie Arthur Greiser waren im nationalsozialistischen Staat ständige Vertreter der Reichsregierung, zunächst Hitler als Reichskanzler direkt, dann seit 1935 dem Reichsinnenminister unterstellt. Immer wurde der jeweilige Gauleiter der NSDAP als

H.W.Schaller: Gau Bayerische Ostmark/Gau Bayreuth. 12 Jahre gemeinsame Geschichte von Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern. In: Passauer Jahrbuch 50/2008, S.9-42,

H.W.Schaller: Der Gau Bayerische Ostmark/Gau Bayreuth – Anspruch und Wirklichkeit 1933-1945. In: Archiv für Geschichte von Oberfranken 81, 2001, S.415-480, insbesondere S.422ff.

Kritische Stellungnahmen zur Bezeichnung „Gau Bayerische Ostmark“ wurden von der „Zentralkommission Wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland“ in Erlangen abgegeben. Eine weitere kritische Stellungnahme wurde von der „Publikationsstelle Berlin Dahlem“ unter der Leitung von Albert Brackmann abgegeben. Hierzu:

BARCH R 153/433: Stellungnahme zum Begriff „Bayerische Ostmark“.

Reichsstatthalter des betreffenden Gebietes eingesetzt. Arthur Greiser war 1897 in der Provinz Posen geboren, hatte noch am Ersten Weltkrieg teilgenommen und war 1933 bis 1939 stellvertretender Gauleiter der Freien Stadt Danzig. Im Oktober 1939 wurde er von Hitler zum Gauleiter und Reichsstatthalter in dem aus dem früheren Westpreußen und dem Distrikt Łódź („Litzmannstadt“) neu gebildeten Reichsgau Wartheland bestimmt. So wird verständlich, dass Greiser in dieser doppelten Funktion in Posen auch die Anregung zur Gründung der „Reichsuniversität Posen“ gab, die nach einigem Zögern Hitlers kurz nach dessen 52.Geburtsag 1941 eröffnet wurde.

Über die erste und letzte nationalsozialistische Neugründung einer Reichsuniversität in Posen, die bekanntlich nur von April 1941 bis Januar 1945 Bestand hatte, wurde abgesehen von zahlreichen zeitgenössischen, jedoch mehrfach ideologisch gefärbten Darstellungen aus verschiedener Sicht publiziert. Hierzu sind mehrere polnische Publikationen erschienen, die DDR-Geschichtsschreibung hat sich ebenfalls mit der Frage der „Reichsuniversität Posen“, jedoch unter dem Aspekt der westdeutschen „Ostforschung“ auseinandergesetzt. Ein Sammelwerk, das in Frankreich erschienen ist, hat aus französischer, polnischer und deutscher Sicht den Widerstand im besetzten Polen und damit auch die Fortsetzung der von 1919 bis 1939 in Posen existierenden Universität behandelt. Ein einziger kürzerer Beitrag mit Bildmaterial zur „Reichsuniversität Posen“ wurde in der Bundesrepublik Deutschland vor einigen Jahren bereits von Gabriele von Camphausen veröffentlicht, die sich dabei vor allem auf Archivmaterialien des Geheimen Preußischen Staatsarchivs in Berlin stützte.³

3 Gabriella von Camphausen: Die Reichsuniversität Posen 1941-1945. In: Nordost-Archiv/Zeitschrift für Kultur-Geschichte und Landeskunde 21, 1988, H.90, S.101-112.

Die wahrscheinlich neueste Abhandlung zur „Reichsuniversität Posen“ im deutschsprachigen Raum geht zurück auf:

Jan M. Piskorski: Die Reichsuniversität Posen (1941-1945). In: Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Band 1: Fächer – Milieus – Karrieren. Göttingen 2004. S.241-271. Dort wird der Forschungsstand, die Vorgeschichte der Reichsuniversität Posen 1939-1941 aufgrund der vorliegenden Veröffentlichungen behandelt, wiedergegeben wird der Staatsakt zur Eröffnung am 27.April 1941, Struktur und Organisation, Staats- und Universitätsbibliothek, Professoren und Dozenten sowie die Studenten stellen weitere Themen des Beitrages dar. Nicht berücksichtigt wurden dort die Archivalien des Bundesarchivs in Berlin, aufgrund derer sich vielfach eine andere und vor allem auch

Sowohl der Anfang als auch das Ende der „Reichsuniversität Posen“, ebenso auch die in den wenigen Jahren dort durchgeführten Semester sind in zahlreichen, bisher noch nicht veröffentlichten Archivalien des Bundesarchivs in Berlin dokumentiert⁴, ebenso auch die Berufungsvorgänge der Philosophischen und der Naturwissenschaftlichen Fakultät, so dass es durchaus gerechtfertigt erscheint, unter Einbeziehung der zeitgenössischen Veröffentlichungen sowie der bisher erschienenen wissenschaftlichen Literatur das Thema der „Reichsuniversität Posen“ nochmals in einer eigenen Publikation aufzugreifen.

Einen ganz besonderen Schwerpunkt wird in der folgenden Darstellung der „Reichsuniversität Posen“ die Osteuropaforschung darstellen, die vor allem mit dem Namen des Osteuropahistorikers Reinhard Wittram verbunden ist, der als Dekan der Philosophischen Fakultät von 1941 bis 1945 für zahlreiche Berufungsvorschläge verantwortlich war, die aber, bevor sie vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin umgesetzt werden konnten, von der Zentrale der NSDAP im „Braunen Haus“ im München geprüft werden mussten. Osteuropaforschung in Posen bedeutete nach 1941 u.a. eine Slawistik, die auf die Polonistik völlig verzichtete, selbst polnische Sprachkurse lassen sich für die Jahre der „Reichsuniversität Posen“ nicht nachweisen. Weder von polnischer Sprache noch von polnischer Literatur war in einer der 1941 bis 1945 abgehaltenen Lehrveranstaltungen die Rede. Ein großer Teil der in Posen durchgeführten Vorlesungen befasste sich dagegen mit der Frage der Besiedlung des Warthegaues durch Deutsche, die vor allem aus dem Baltikum dorthin umgesiedelt worden waren. Im Rahmen dieser Umsiedlung war auch ein nicht unwesentlicher Teil der Professoren der „Reichsuniversität Posen“ baltendeutscher Herkunft.

vertiefte Sicht der Vorgeschichte und Geschichte der „Reichsuniversität Posen“ ergibt.

Hierzu die Darstellung von Bernard Piotrowski aus polnischer Sicht: Die Rolle der „Reichsuniversitäten“ in der Politik und Wissenschaft des hitlerfaschistischen Deutschlands. In: *Universities during World War II. Materials of the International Symposium held at the Jagiellonian University on the 40th Anniversary of Sonderaktion Krakau*. Cracow, October 22-24, 1979. S.467-486.

- 4 Vgl. hierzu Tilman Koops: *Auf den Spuren der Reichsuniversität Posen und Strassburg im Bundesarchiv*. In: *Les Reichsuniversitäten de Strasbourg et de Poznań et les résistances universitaires 1941-1944*. Strasbourg 2005. S.17-33.

Bereits im Jahre 1939 wurden nach der Eroberung Polens innerhalb der Führung der NSDAP erste Überlegungen angestellt, in Posen eine deutsche und zwar ausgesprochen nationalsozialistisch ausgerichtete Universität zu begründen, ein Plan, der wohl vor allem auf den Posener Gauleiter und Reichstatthalter Arthur Greiser zurückging. Am 27. April 1941, wenige Tage nach dem 52. Geburtstag Adolf Hitlers erfolgte im Rahmen eines großangelegten Staatsaktes in der Aula der Universität Posen in Anwesenheit des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, jedoch in Abwesenheit Hitlers, der sich in Berlin unaufschiebbaren Staats- und Kriegsgeschäften hingab, die Eröffnung der Universität, die nicht einmal ein halbes Jahrzehnt Bestand haben sollte. Eingerichtet wurden nur vier Fakultäten, eine Staats-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät, eine Philosophische und eine Naturwissenschaftliche sowie eine Landwirtschaftswissenschaftliche Fakultät. Nicht einbezogen wurde jedoch schon bei der ersten Planung eine Katholisch- oder Evangelisch-theologische Fakultät. Der Lehrkörper setzte sich zum Teil aus Professoren zusammen, die im Zuge der Umsiedlung der Baltendeutschen aus Estland und Lettland ihre Professuren in Dorpat und Riga aufgeben mussten und nun in Posen unterkamen. Bei den Berufungen und auch bei der Immatrikulation von Studierenden wurde strengstens darauf geachtet, dass ideologische Zuverlässigkeit vorlag, ferner keine verwandtschaftlichen Verbindungen zu Polen gegeben waren. Keine Berufung an die „Reichsuniversität Posen“ konnte ohne die Zustimmung des „Braunen Hauses“ in München, dem Sitz des „Stellvertreter des Führers“ erfolgen. Völlig abweichend von der Tradition einer Wahl durch die Professoren an Universitäten wurden in Posen die Rektoren vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bestimmt, der jeweilige Rektor hatte dann das Recht die Dekane der Fakultäten zu bestimmen. Auch hier erfolgte keine Wahl durch die Mitglieder der einzelnen Fakultäten.

In der Epoche des Nationalsozialismus wurde die Reichsuniversität immer wieder als eine einzigartige Schöpfung dargestellt, so vor allem durch den Gauleiter des Warthegaus und Reichskommissar Arthur Greiser in einer in Kiel gehaltenen Rede:

„Die Reichsuniversität, die erste wirkliche nationalsozialistische Universitätsgründung, hätte kein Fundament, wenn die Gelehrten aus Riga, Dorpat usw. nicht zu uns gekommen wären. Sie trugen denselben Geist des politischen und völkischen Kämpfertums, den sie in der Diaspora jahrhun-

dertelang verkörperten, auch wieder in den Volkstumskampf hinein –... Ich bin glücklich darüber, und mit mir sind es alle, die an der Universität zu tun haben... Es gibt keinen Professor, der nicht mit uns zusammen irgendwie im Volkstumskampf stünde und sich darin nicht persönlich und innerlich glücklich fühlte. Es ist eine lohnende Aufgabe, die Wissenschaft in den Dienst des völkischen Kampfes zu stellen und dem Lehrer ebenso wie dem Studenten neue Begriffe für seine Ausbildung zu vermitteln.“⁵

Eine Darstellung der kurzen Geschichte der „Reichsuniversität Posen“ muss weit zurückgreifen, um die verheerenden Folgen der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik mit ihren historischen Voraussetzungen richtig einzuordnen. Mit den Teilungen Polens und der damit verbundenen Zugehörigkeit wesentlicher Teile der polnischen Bevölkerung zum Königreich Preußen und seit 1871 zum Deutschen Reich war ein dauerndes Spannungsfeld gegeben, dass sich nicht nur im politischen Leben, sondern vor allem auch in der Sprachenfrage äußerte. So war die preußische Politik unter König Friedrich Wilhelm III. in der Polenfrage starken Schwankungen unterworfen. Der Wiener Vertrag von 1815 hatte den Polen ihre nationalen Rechte garantiert und damit auch die polnische Sprache als Unterrichtssprache im Großherzogtum Posen gesichert. In einem Manifest König Friedrich Wilhelms III. vom 15. Mai 1815 wurde der Gebrauch der polnischen Sprache neben dem Deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen garantiert:

„Die polnischen Untertanen der vertragschließenden Mächte werden Institutionen erhalten, die ihnen die Bewahrung ihrer Nationalität sichern in politischen Daseinsformen, wie sie jeder Staat, dem sie eingegliedert sind, zu bewilligen für nützlich und passend halten wird.“⁶

5 A. Greiser: Der Aufbau im Osten. Vortrag, gehalten am 10. Juni 1942. Jena 1942. S. 15-16.

Vgl. hierzu zwei in der DDR entstandene und veröffentlichte Abhandlungen: R. Goguel: Die Bedeutung der „Reichsuniversität Posen“ für die Germanisierungspolitik in Polen im Zweiten Weltkrieg, In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin/Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 17, 1968, H. 2, S. 189-195.

Johannes Kalisch und Gerd Voigt: „Reichsuniversität Posen“. Zur Rolle der faschistischen deutschen Ostforschung im zweiten Weltkrieg. In: Juni 1941. Beiträge zur Geschichte des hitlerfaschistischen Überfalls auf die Sowjetunion. Berlin 1961. S. 188-206.

6 Gustav Buchholz: Die preußische Osmarkenpolitik seit 1815. Ein historischer Überblick. In: Vaterländische Vorträge. Leipzig 1915. S. 3

Ebenfalls am 15.Mai 1815 teilte Friedrich Wilhelm III. seinen neuen Untertanen aus Wien mit:

„Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Constitution Theil nehmen, welche Ich Meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige und Ihr werdet wie die übrigen Provinzen Meines Reichs eine provinzielle Verfassung erhalten.

Euere Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesgemäßen Dotierung ihrer Diener gewirkt werden. Euere persönlichen Rechte und Euer Eigenthum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Berathung Ihr künftig zugezogen werden sollt.

Euere Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und Jedem unter Euch soll nach Maaßgabe seiner Fähigkeiten der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern des Großherzogthums, so wie zu allen Aemtern, Ehren und Würden meines Reiches offen stehen....“⁷

In Preußen lebende Polen sollten demnach entsprechend ihren Fähigkeiten auch die Möglichkeit haben, öffentliche Ämter zu übernehmen, Ehren und Würden des preußischen Staates annehmen können. Der preußische Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten Freiherr Stein zum Altenstein hatte mit einem Ministerialerlass vom 22.Dezember 1822, veröffentlicht in deutscher und in polnischer Sprache, für die Volksschulen der Provinz Posen folgendes festgelegt:

„1. Es ist notwendig, dass die Polen die Landes- und Regierungssprache verstehen und sich in ihr verständlich zu machen wissen, ohne ihre Stammsprache aufzugeben...

2. Der Mensch, was er wirklich weiß und versteht, das weiß und versteht er nur in einer Sprache, nämlich in der, in der er selbst denkt.“⁸

7 GSPK I.HA, Rep.90 A Nr.3741/Staatsministerium Jüngere Registratur. Gesetz-Sammlung No.278: An die Einwohner des Großherzogthums Posen.

Vgl. dazu auch Gustav Buchholz: Die preußische Ostmarkenpolitik seit 1815. Ein historischer Überblick. In: Vaterländische Vorträge. Leipzig 1915. S.4.

8 Wilhelm Bock: Die Sprachenfrage in der Provinz Posen. Sind auf dem Gebiete der Unterrichtssprache in den Volksschulen der Provinz Posen Zugeständnisse irgendwelcher Art zulässig? Berlin 1917, S.11

Antipolnische Strömungen waren aber bereits ein Jahrzehnt später zu beobachten, als Zerboni di Sponsetti, der Regierungsbevollmächtigte des Großherzogtums Posen 1825 zum Rücktritt gezwungen worden war, weil er sich gegen die Germanisierungsmaßnahmen der preußischen Regierung gewandt hatte. Er wurde durch Baumann abgelöst, nach dessen Tod wurde im Dezember 1830 Heinrich Eduard von Flottwell (1786-1865) als Regierungsbevollmächtigter nach Posen gesandt. Flottwell übte dieses Amt bis 1841 aus, wurde dann Oberpräsident der Provinz Sachsen, 1844 preußischer Finanzminister, 1846 Oberpräsident von Westfalen, 1860 von Brandenburg. 1848 nahm er als Vertreter des rechten politischen Flügels an der Frankfurter Nationalversammlung teil. Bekannt ist, dass Flottwell ein entschiedener Gegner alles Polnischen war und am 14. April 1832 das Deutsche als die alleinige Sprache für alle Verwaltungsangelegenheiten im Großherzogtum Posen festlegte. Damit waren auch die ersten Bemühungen um eine slawistische Professur in Breslau zunächst gegenstandslos geworden, sie konnten erst nach 1840 neu aufgegriffen werden. 1831 stellte Gneisenau fest: „Die Verhältnisse der Polen zu den Deutschen haben sich sehr verbittert seit jener Zeit vor 36 Jahren (1795). Sie sind unfähig durch eine sanfte und gerechte Regierung wie die unsrige sich leiten zu lassen.“⁹

Eine gewisse Entspannung der Lage war durch den Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1840 gegeben, da dieser in der Sprachenfrage nachgab und auch erste slawistische Professuren an den Universitäten Berlin und Breslau einrichten ließ. Die Jahre 1841 bis 1843 können so als eine Zeit gewisser nationaler Erfolge der polnischen Bevölkerung in Preußen bezeichnet werden. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen war ein Gegner der Germanisierungsbestrebungen, er entließ den polenfeindlich eingestellten Gouverneur Flottwell in Posen und ersetzte ihn durch einen polenfreundlichen Beamten. In diese Epoche fällt auch die erstmalige Einrichtung slawistischer Lehrstühle in Preußen, nämlich in Breslau und Berlin. Am 15. Januar 1841 wurde nämlich eine für die deutsche Slawistik und damit für den Ausbau polnischer Sprachstudien in Preußen entscheidende Kabinettsorder erlassen, die folgenden Wortlaut hatte:

„Ich habe in Folge der Berathungen über die Angelegenheiten des Großherzogtums Posen beschlossen, um der studentischen Jugend polnischer

9 Gustav Buchholz: Die preußische Ostmarkenpolitik seit 1815. Ein historischer Überblick. S.8.

Abkunft Gelegenheit zur Vervollkommnung in ihrer Muttersprache zu geben, Lehrstühle für slawische Sprache und Literatur bei den Universitäten zu Berlin und Breslau zu errichten und die Anstellung von Lehrern für die polnische Sprache bei den hiesigen Gymnasien und einigen anderen, der Provinz Posen nahe liegenden höheren Schulen, z.B. dem Gymnasium zu Glogau und dem Pädagogium zu Züllichau in weitere Erwägung zu ziehen...“¹⁰

Neue Gesetze nach 1871, die die Verwendung der deutschen Sprache gegenüber der polnischen obligatorisch machten, führten zu erneuter Unruhe, so das Gesetz vom 28. August 1876. Dieses „Geschäftssprachengesetz“, das in allen seinen Teilen seit 1876 zur Geltung kam, legte folgenden Grundsatz fest:

„Die deutsche Sprache ist die ausschließliche Geschäftssprache aller Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates. Der schriftliche Verkehr mit ihnen findet in deutscher Sprache statt, auch die mündlichen Verhandlungen und die verhandlungsschriftlichen Aufzeichnungen der Schulvorstände sowie der Gemeinde- und Kreisvertretungen, der Gemeindeversammlungen und Vertretungen der sonstigen Kommunalverbände finden jetzt nur noch in dieser Sprache statt.“¹¹

Bereits am 11. März 1872 war in Preußen ein Gesetz über die staatliche Schulaufsicht in Kraft getreten, Erlasse der Jahre 1872 und 1873 legten den Religionsunterricht an den Gymnasien als normales Unterrichtsfach fest, in den polnischen Schulen wurde als Unterrichtssprache das Deutsche bestimmt, ausgenommen davon waren nur noch der Religionsunterricht und der Kirchengesang. Am 7. September 1887 wurde der polnische Sprachunterricht in Posen und Westpreußen aufgehoben. Unter Reichskanzler Leo von Caprivi, der gegenüber den Polen eine versöhnliche Haltung einnahm, wurde am 11. April 1891 das Polnische als Unterrichtssprache im Fach Religion jedoch wieder zugelassen.

Von deutscher Seite wurde 1894 durch die Gründung des „Ostmarkenvereins“ unter dem Vorsitz von Otto von Bismarck, von polnischer

10 Hubert Rösler: Dokumente zur Geschichte der Slawistik in Deutschland: Die Universitäten Berlin und Breslau im 19. Jahrhundert. Berlin 1957, S.127.

11 Zitiert nach Wilhelm Bock: Die Sprachenfrage in der Provinz Posen, S.5: Gesetz vom 28. August 1876 betr. Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates (Ges.-Sammlung 1876. Nr.48 (Nr.8460), S.389-392.

Seite durch die Organisation der Gegenbewegung „Straž“ der Gegensatz wieder verschärft. Polnische Anträge zur Gründung einer polnischen Universität in Posen wurden abgelehnt. 1903 wurde dagegen die „Königliche Akademie“ in Posen, eine Art Weiterbildungsstätte für Bürger mit höherer Bildung, gegründet. Die „Königliche Akademie“, auf die noch ausführlicher einzugehen sein wird, hatte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges Bestand. Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erfolgte dann die Gründung der polnischen Universität Posen, die genau zwei Jahrzehnte, nämlich bis zum Herbst 1939 existierte.

Ein einigermaßen objektives Bild der Situation in der „Ostmark“ wurde im Jahre 1913 von Otto Hoetzsch geboten, wenn dieser kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges in dem Sammelband „Die deutsche Ostmark“ ausführt:

„Nicht das ganze Gebiet der weiten Ebenen unseres Ostens, aber doch große und wichtige Stücke davon sind heute von einem erbitterten Ringen zwischen unserer und der polnischen Nationalität erfüllt. Es vollzieht sich nicht mehr in den gewaltsamen Formen der Vergangenheit. Aber der friedlichere Kampf von heute, in Verein und Zeitung, in Genossenschaft und Politik, um Land und Stadt, um wirtschaftliche und politische Macht, er fordert heute so gut wie früher alle unsere Kräfte und er gilt heute noch mehr wie früher einem Ziele, das wir unbedingt, koste es uns was es wolle, erreichen müssen: der dauernden und unbestrittenen Sicherung der preußischen Ostmarken für das Deutsche Reich und Volk. Wollen wir uns von alledem ein richtiges Bild machen, so führt uns am sichersten zum Ziele, wenn wir erst die Frage beantworten: Wie kam der preußische Staat zu diesen Millionen andersrassiger und anderssprachiger Untertanen und warum sind sie ihm nötig? Und sodann: Wie hat er sich im Laufe von nunmehr fünfviertel Jahrhunderten mit der Aufgabe, die ihm das Vorhandensein dieser polnischen Untertanen in ihm in Schule und Kirche, in Gericht und Verwaltung, in Wirtschaft und Kirche stellte abgefunden? Die geschichtlich begründete Antwort auf diese beiden Fragen wird unschwer die politisch richtige und notwendige Stellung zum Nationalitäten-Problem der Gegenwart ergeben, sowie die Antwort auch auf die Frage: Was will unser Staat mit seiner Ostmarkenpolitik und was kann er mit ihr erreichen?“¹²

12 Otto Hoetzsch: Nationalitätenkampf und Nationalitätenpolitik in der Ostmark. In: Die deutsche Ostmark. Lissa i.Pr. 1913. S.507.

Nach der russischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 war die Wiederherstellung des polnischen Staates eines der wichtigsten Kriegsziele der Westmächte geworden, wobei es vor allem um die Umsetzung des Punktes 13 des Wilsonschen Programmes ging, der folgenden Wortlaut hatte:

„An independent Polish State should be erected, which should include territories inhabited by indisputably Polish population, which should be assured a free and secure access to the sea, and whose political and economic independence and territorial integrity should be guaranteed by international convenience.“¹³

In den Erläuterungen des Wilsonschen Friedensprogramms vom 12. Februar 1918 hieß es dann weiter, dass Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere „geschoben“ werden sollten, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handle.

Im Jahre 1917 erschien in Berlin die Schrift des Posener Schulaufsichtsbeamten Wilhelm Bock mit dem Titel „Zur Sprachenfrage in der Provinz Posen“ mit der Frage im Untertitel „Sind auf dem Gebiete der Unterrichtssprache in den Volksschulen der Provinz Posen Zugeständnisse irgend welcher Art möglich?“ Bock versuchte zu erklären, dass die Beherrschung der Staats- und Landessprache seitens aller preußischen „Untertanen“ polnischen Volkstums ein zwingendes Bedürfnis sei. Ferner behandelte er die Frage, wie die Volksschulen am besten das fremdsprachige Kind zur Beherrschung der deutschen Sprache führen könnten. Bock stellte fest, dass Preußen ein deutscher Staat sei und damit würde auch seine weltgeschichtliche Berufung stehen und fallen. Für Preußen sei es die Lebensfrage von ausschlaggebender Bedeutung, sich sein deutsches Gepräge ungeschmälert zu erhalten und auch nur die deutsche Sprache als ausschließliche Sprache des öffentlichen Lebens zuzulassen. Nach Bocks Auffassung handelte es sich bei der Pflege und Förderung der deutschen Sprache durch die Volksschulen in der Provinz Posen um eine Verpflichtung des Preußischen Staates, mit der es im Interesse der Daseinsfähigkeit und der gedeihlichen Entwicklung des Deutschen Reiches gar nicht ernst genug genommen werden könne. Bock zitiert an dieser Stelle Jakob Grimm mit einem Ausspruch,

13 Vgl. hierzu Martin Broszat: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik. München 1972. S.194.

den man aber nicht nur auf das Deutsche, sondern genauso gut auch auf das Polnische anwenden konnte:

„Die Kraft der Sprache bildet Völker und hält sie zusammen; ohne ein solches Band würden sie sich zersprengen.“¹⁴

Im Gegenzug zu all diesen Verordnungen für den ausschließlichen Gebrauch der deutschen Sprache in der Provinz Posen forderte im Januar 1917 die polnische Fraktion in Preußen die Einführung der polnischen Sprache bei Gerichten und Behörden im Verkehr mit den Polen. Auch für die Volks- und Fachschulen wurde die Einführung der polnischen Sprache gefordert, des Weiteren auch die Gründung einer polnischen Universität und eines Polytechnikums in Posen, alles Überlegungen, die mit der am 13. Januar 1902 von der Königlichen Staatsregierung abgegebenen Erklärung unvereinbar waren. Eine Änderung der für den Unterricht an Volksschulen und auch den Religionsunterricht geltenden Vorschriften wurde als den staatlichen und öffentlichen Interessen widersprechend abgetan.

Kurz vor dem Ende des Ersten Weltkrieges erschien 1918 in Posen noch eine Flugschrift mit dem Titel „Wohin gehört Posen? Ist die Provinz Posen unbestreitbar polnisches Land?“ Herausgegeben wurde diese Schrift vom Ausschuss der deutschen Verbände in der Provinz Posen. Vorsorglich wurde im Hinblick auf das abzusehende Ende des Krieges ausgeführt, dass die Loslösung der Provinz Posen von Preußen und ihr Anschluss an Polen für die Bevölkerung, Deutsche wie Polen, wirtschaftlich schlimme Folgen nach sich ziehen würde. Politisch und national würde ein solcher Anschluss den allmählichen Untergang der deutschen Bevölkerung bedeuten. Unter anderem wurde in dieser Flugschrift weiter ausgeführt:

„Die Provinz Posen ist kein Land polnischer, sondern ein Land alter deutscher Kultur und Sitte. Es gibt keine rein polnischen Gebiete in der Provinz; eine Scheidung zwischen deutschem und polnischem Sprachgebiet ist unmöglich. Posen gehört wirtschaftlich und strategisch zu Deutschland und ist mit ihm aufs engste verbunden. Es ist die Vorkammer des Deutschen Reiches. Ohne die Provinz Posen muss das deutsche Volk Hunger leiden und entbehren. Die Loslösung der Provinz von Deutschland und ihre Zuteilung zu Polen würde schon aus diesem

14 Nach Wilhelm Bock: Die Sprachenfrage in der Provinz Posen..., S.7